

ZUR LAGE

1. Kurz vor Ende des Sommersemesters beschloß der Große Senat die Neustrukturierung der Fakultäten nach dem Grundsatz der Drittelparität. Wir haben damals (ASTA-Info 10) erklärt, daß wir massive Obstruktionspolitik seitens der Ordinarien erwarten. Diese Erwartung wurde von einem großen Teil der Professoren nicht enttäuscht.

2. Das drohende HUG haben wir allerdings Ende des Sommersemesters als weiteres, starkes Hindernis bei der langfristigen Verwirklichung von Demokratisierungsbestrebungen eingeschätzt. Nicht zuletzt als Folge unseres aktiven Streiks ist die zweite Lesung dieses HUG's auf Oktober verschoben worden; im Zuge der unvorhersehbaren Regierungs-umbildung in Hessen ist eine weitere Verschiebung auf einen ungewissen Termin Anfang/Mitte 1970 erfolgt. Bestimmte Erwägungen der neuen SPD/FDP-Regierung in Bonn (Bundeskanzleramt) machen eine Verabschiedung in der vorliegenden Form ungewiss. Das HUG scheint vom Tisch, zumindest ist eine Ausnahmeregelung für Darmstadt sehr wahrscheinlich. Wir werden dennoch die Entwicklung aufmerksam beobachten.

3. Die Strategie der anderen Seite haben wir bereits in ASTA-Info 6 beschrieben: Lähmung der Hochschulgremien um jeden Preis, um so die Drittelparität zu desavouieren. Zahlreiche Versuche in dieser Richtung sind gemacht worden. Im Sommersemester wurden die Beratungen endlos verschleppt. Durch Briefe (Schreiben von 69 Professoren an Rektor Guther: "... Die Unterzeichneten Professoren können dementsprechend auch Beschlüsse oder sonstige Maßnahmen der geplanten neuen Gremien nicht anerkennen...") und Besuch beim Kultusminister wollte man die Genehmigung hintertreiben, zudem drohten vier Dekane mit Rücktritt. Schütte erteilte allerdings den reaktionären Dekanen eine saftige Ohrfeige, als er listig fragte, ob die Hochschullehrer von ihm tatsächlich einen so schwerwiegenden Eingriff in die Hochschulautonomie verlangten, die sie doch gegen Eingriffe der Ministerialbürokratie verteidigen wollten?

4. Schütte genehmigte die Fakultätsreform mit einigen Einschränkungen (z.B. gehen Fakultätsbefugnisse nicht auf die Fachbereichsräte über). Die gewiesenen Taktiker in Wiesbaden erkannten eine Chance, der Studentenbewegung die Luft aus dem Reifen zu lassen wenn ihr Engagement integriert wird. Sie fallen sich bei diesem Bemühen allerdings laufend selbst in den Rücken durch Propagierung einer technokratischen Hochschulreform und mangelhafte finanzielle Ausstattung der Hochschulen.

5. In vier Fakultäten verwaisten die Ämterstuben. Die Dekane und ihre Vertreter bei Arch., BI, ET und MB traten zurück bzw. ihre Ämter nicht an. Das Direktorium gab sich alle Mühe, mit guten Argumenten die Widerstandskämpfer zur Weiterführung der Amtsgeschäfte bis zur Neuwahl zu bewegen: Vergeblich. Dann wandte sich Guther an Wiesbaden und dort fackelte man nicht lange: die Dienstverweigerer wurden auf ihre Posten bugsiert. Einzig Hosemann von ET ließ sich durch die Drahtzieher Drader und Schultz in eine für ihn höchst ärgerliche Situation manövrieren. Er lenkte beim Verwaltungsgericht Widerspruch gegen seinen Einsetzungserlaß ein, kam aber damit rechnen, dennoch bis zur Neuwahl im Dekanat ausharren zu müssen.

6. Bei der Informatik zeigte sich - wieder einmal - daß die Assistenten dem Druck von Ordinarienseite relativ schutzlos ausgeliefert sind. Piloty und Medekind stellten zwar ihre Mitarbeit im Senatsausschuß ein, waren jedoch hinter den Kulissen unermüdlich am Werk, den restlichen Ausschußmitgliedern ihre Bedingungen aufzuzwingen. Ihre Stellung ist stark da sie einem Teil des Restausschusses als "Fachleute mit guten Verbindungen" unentbehrlich erscheinen. Als dann ein studentisches Ausschußmitglied umfiel, wurde ein Burnfriede geschlossen, der - wie könnte es anders sein - auf Kosten der Studenten zustande kam.

Fortsetzung Rückseite

WAHL DER STUDENTISCHEN MITGLIEDER DER WEITEREN FAKULTÄTEN

Eröffnung der Kandidatenlisten:
Mittwoch, den 22.10.69
Ausgabe der Kandidatenlisten:
ASTA, Eintragung von 8.00 bis 17.00 Uhr
Fachschaftszimmer KuS im Schloß und
Fachschaftszimmer Arch auf der Nachtweide
Jeweils während der Sprechzeiten der
Fachschaft.
Schließung der Kandidatenlisten:
Dienstag, den 4.11.69 um 15.00 Uhr
Wahl der Vertreter: am 5.11.69 im Anschluß
an die Kandidatenvorstellungen auf den Voll-
versammlungen der Fachschaften um 16.00 Uhr.
Wahllokale: Donnerstag, 6.11. und Freitag,
7.11.69 Mensa und Hauptportal.
Fliegende Wahllokale in den gr. Vorlesungen.

Kommilitonen und Genossen, kandidiert
massenhaft! In den Weiteren Fakultäten wer-
den die Profs versuchen, bei der Beratung
und Verabschiedung der Fakultätssatzungen
mit tausenderlei Tricks, mit Druck und Ob-
struktion die Drittelparität völlig auszu-
höhlen. Ihre Rechnung wird nicht aufgehen:
wir werden den 30 bis 50 Hochschullehrern

TH 21.10.
DARMSTADT



pro Fakultät eine ebenso große Anzahl be-
wußter Studenten entgegenstellen, von de-
nen zwar viele erstmalig innerhalb der In-
stitutionen arbeiten werden, die aber ge-
rade deshalb umso nachdrücklicher die Be-
dürfnisse der unter Zeit- und Prüfungsdruck
leidenden Studenten vertreten werden.
WIR LASSEN UNS DEN SIEG DES SS NICHT NEHMEN!

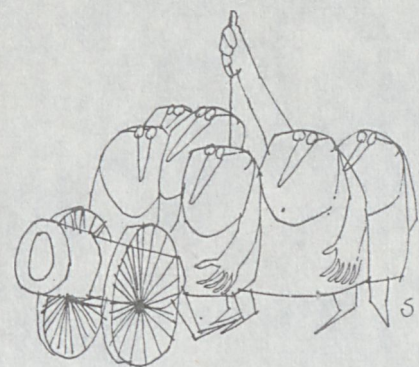
WAHL ZUM STUDENTENPARLAMENT

Das bisherige Studentenparlament ist 1 1/2
Jahre im Amt, die Parlamentarier sind müde.

Ein arbeitsfähiges und arbeitswilliges Par-
lament ist jedoch, neben seiner Bedeutung
für die Kontrolle des ASTA, vonnöten, um im
Kampf für Demokratisierung und Humanisierung
der Wissenschaft politische Akzente zu set-
zen, die Initiativen an alle Orte der Hoch-
schule zu tragen und nach Information sowie
Diskussion mit den unmittelbar Betroffenen
durchzusetzen. Die Wahl erfolgt am 25., 26.
und 27.11.69. Eröffnung der Kandidatenliste:
3.11.69, Schließung der Kandidatenliste:
14.11.69. Sorgt mit Eurer Kandidatur für ein
linkes Parlament!

EIN SCHRITT VOR - KEIN SCHRITT ZURÜCK

Nach den Erfolgen des Sommersemesters -
die solidarische Widerstandsbereitschaft
vieler Studenten im Streik und die konse-
quente Änderung der Fakultätsstruktur
trugen erheblich dazu bei, den technokra-
tischen Hochschulgesetzentwurf (HUG) und
das Ordnungsrecht vorläufig in Hessen auf
Eis zu legen - muß es nun Ziel der Stude-
ntenschaft im Wintersemester sein, die
neugewonnenen Positionen konsequent für
"eine nun nicht mehr folgenlose Diskussi-
on über Studiengänge, über den Sinn von
Prüfungen, über Lehr- und Forschungskapa-
zitäten und deren Planung und über
eine sinnvolle Neustrukturierung der al-
ten Fakultäten in kleinere Fachbereiche"
zu nutzen. "Dabei kommt es darauf an, daß
wir uns im Aufbau unseres Studiums nicht
fraglos an den Erwartungen der Berufswelt
orientieren, sondern versuchen, die da-
hinterstehenden Zwecke zu durchschauen.
Es kommt weiterhin darauf an, daß wir uns
nicht mehr die Verkürzung wissenschaft-
licher Fragestellungen und Problemlösun-
gen auf ihre bloß naturwissenschaftlich/
technische Dimension bieten lassen, son-
dern daß wir lernen, in Frage und Antwort
Voraussetzungen und Ziele dieser Wissen-
schaft miteinander zu befragen" (ASTA-Info 10).
Inzwischen lassen sich nicht nur Diskus-
sionsthemen und noch abstrakte Ziele an-
geben, sondern wir haben in einigen Bere-
ichen sehr konkrete Forderungen zu
stellen, die auf sofortige Verwirklichung
drängen (z.B. Abschaffung aller Zeitbe-
grenzungen in Prüfungsordnungen!).



Schultz-Clique,
neue Reformidee zündend

Genau wegen dieser Möglichkeiten hat sich
der Widerstand der um ihre Privilegien
besorgten 61 Ordinarien in der Normenkon-
trollklage und in Boykottversuchen gegen
die neuen Gremien ausgedrückt.

Diese "Obstruktionspolitik" (so der Rech-
tsanwalt des Landes Hessen und der THD
in einem Schriftsatz zum Normenkontroll-
verfahren) der 61 Professoren hat am En-
de das Ziel, die beschlossene Satzungs-
änderung rückgängig zu machen bzw. in ih-
ren Auswirkungen zu blockieren. Ein wich-
tiges Mittel neben der Verweigerung der
Mitarbeit ist dabei, diesen politischen
Konflikt vor die Schranken der Justiz zu
verlagern (Normenkontrollverf., Hosemanns
Klage), um damit wenn schon nicht eine
Aufhebung der Beschlüsse, so doch eine
ständige Verzögerung der Arbeit der Hoch-
schulorgane bis hin zum Ersticken ihrer
Funktionsfähigkeit in Prozeßakten zu er-
reichen. Ziel dieser Taktik ist es, ne-
ben der Verhinderung wirksamer Änderungen
im Lehr- und Forschungsbetrieb, die "Ar-
beitsunfähigkeit" der drittelparitätlichen
Gremien zu zeigen, um dann nach Ablauf

der Jahresfrist eine Weiterpraktizierung
und Weiterentwicklung der neuen Fakultäts-
struktur mit diesem Argument zu verhin-
dern.

In dieses Konzept der Schultz-Clique geht
allerdings noch eine andere taktische
Überlegung ein: Man erwartet, daß die
Studenten, je größer der Erfolg bei der
Lähmung der Fakultätsgremien ist, um-
so schneller und intensiver in blindem
Aktionismus verfallen und sich damit in
eine "Machtkampfsituation" an der Hoch-
schule drängen lassen, in der mit Poli-
zeiknüppel und Staatskommissar die "Ord-
nung" wieder hergestellt würde und
gleichzeitig der "Beweis" für den den
Studenten unterstellten Willen, "die
Hochschule zu zerstören" erbracht wäre.

Notwendige Bedingung für einen Erfolg
dieser Strategie ist einerseits entweder
der Verzicht der Studenten auf die Nut-
zung ihrer Positionen für die oben ge-
nannten Ziele oder ein besinnungsloser
Amoklauf der Studentenschaft gegen die
jenigen, die die Obstruktionspolitik in
den Hochschulgremien betreiben und an-
dererseits ein stilles "Komplimentum" von
Direktorium, Assistenten und Personal
mit den Normenkontrollklägern, das in
der Hinnahme der Verzögerungstaktik um
des "lieben Friedens Willen" bestünde.
Um dieses Komplimentum durch "Stillhal-
ten" zu erreichen, üben einige Ordina-
rien, wie bereits jetzt bekannt ist,
Druck auf ihre Assistenten aus durch
Drohung mit Nichtverlängerung von Ver-
trägen und Verzögerung der Dissertation.
Für das Personal gelten ähnliche Abhän-
gigkeitsverhältnisse.

Was das Direktorium betrifft, so hat es
bisher bewiesen, daß es am Zustandekom-
men der neuen Gremien interessiert ist,
und es hat ihre Konstituierung mit Hilfe
des Kultusministeriums auch konsequent
eingeleitet. Es besteht allerdings hier
die Gefahr einer zu engen Anlehnung des
Direktoriums an die Wiesbadener Admini-
stration, die zweifellos ihre technokra-
tischen Pläne und das Ordnungsrecht bis-
her nur zurückgestellt hat, und die die-
se in dem Moment wieder hervorholen wird,
wo sich hier grundlegende Änderungen im
oben definierten Sinne abzeichnen. In
einer solchen Situation wird es dem Di-
rektorium sehr schwer fallen, die gerade
erprobte Kooperation aufzugeben und im
Konflikt konsequent die Hochschule und
nicht zuletzt die studentischen Inter-
essen zu vertreten.

Demnach läßt sich also sagen, daß die
Handlungsspielräume der Assistenten, des
Personals und des Direktoriums durch die
hier nur kurz angedeuteten Zwänge zumin-
dest eingegrenzt sind, was durchaus Effekte
im Sinne der 61 Normenkontrollkläger ha-
ben könnte, wenn auch prinzipiell bei

diesen Gruppen das Interesse an einer in-
haltlichen Fortentwicklung der Fakultäts-
reform vorausgesetzt werden kann.



"Wir müssen zusammenhalten, Herr Kollege!"

Für die Studentenschaft gilt nach wie
vor, daß wir die Drittelparität nicht
durchgesetzt haben, um möglichst viele
Leute in irgendwelche Gremien zu schicken
oder um als erfolgreiche "Reformer" ge-
feiert zu werden, sondern um unser Stu-
dium selbst zu organisieren, um die wissen-
schaftliche Entwicklung in öffentlicher
Auseinandersetzung zu kontrollieren und
um ihre allein private oder gar destruktive
Verwertung zumindest zu erschweren. Wir
werden also solange auf der Drittelparität
bestehen und sie so benutzen, wie sie sich
für diese Zwecke als sinnvoll erweist.

Für Fragen der Studienorganisation z.B.
haben die neubesetzten Fakultäten entschei-
dende Bedeutung und wir werden daher die
Lösung dieser Probleme mit Nachdruck in
den neuen Gremien betreiben gegen alle
Sabotageversuche, aber es ist Zeitver-
schwendung z.B. Fragen der inhaltlichen
Gestaltung des Studiums und der Forschungs-
kontrolle primär in den Fakultäten behan-
deln zu wollen, denn die sind dafür nicht
kompetent, da ihr Einfluß in diesen Dingen
nur bis zur jeweiligen Institutstür reicht.

Je nach Problemstellung ergibt sich also
der Ansatzpunkt für die jeweiligen Ak-
tivitäten ebenso wie die Wahl der Mittel
zur Erreichung bestimmter Teilziele. Wir
werden unsere Politik also nicht auf das
Funktionieren der Gremien fixieren müssen,
um bestimmte Forderungen voranzutreiben
und werden uns aber auch nicht völlig in
die außerinstitutionelle Arbeit abdrängen
lassen, denn die Mitarbeit in Instituti-
onen ist keine Prinzipienfrage, wie sie
die professoralen Strategen als unlösba-
res Dilemma mit ihrer Politik gern
dest eingegrenzt sind, was durchaus Effekte
im Sinne der 61 Normenkontrollkläger ha-
ben könnte, wenn auch prinzipiell bei

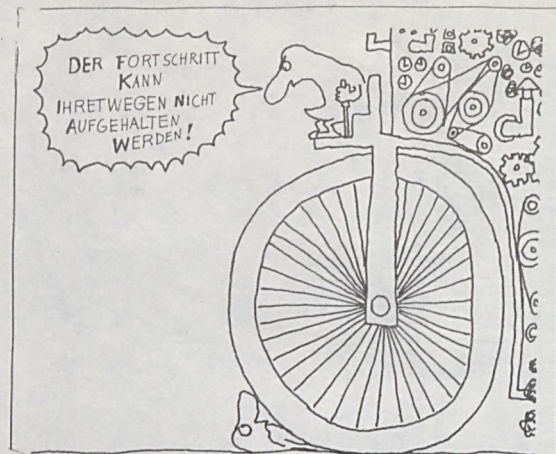
Der ASTA ist das Zentrum der poli-
tisch aktiven Studenten!

Sorgt für Information und Kommuni-
kation!

Täglich von 12 bis 14 Uhr Polit-
Schwatz im ASTA. Lest die Zeitun-
gen in ASTA, diskutiert Eure Pro-
bleme, bereitet solidarische Akti-
onen vor zur Befreiung aus Abhängig-
keit und Unterdrückung! Benutzt den
ASTA, er ist Euer Instrument im
Kampf gegen Ordinarienherrschaft,
für bessere Studien- und soziale Be-
dingungen!

SICHER SIND
WIR GLEICH-
BERECHTIGT!
WARUM FRÄGST
DU?





Schlagt zu!

Die studentische Sozialpolitik in ihrer bisherigen Form muß einer radikalen Kritik unterzogen werden. Sie kann sich nicht länger darauf beschränken in Einzelfällen konkrete Hilfe zu leisten, oder die sozial schwächsten gelegentlich zu unterstützen. Freitische verbilligtes Studienmaterial und dergleichen sollen damit vorerst nicht abgeschafft werden, sondern durch eine familienunabhängige, kosten-deckende Ausbildungsförderung überflüssig werden, den es ist nicht damit getan, Auswirkungen zu entschärfen; d.h. Notsituationen zu lindern, die auf das Versagen einer Gesellschaft mit überkommenen Strukturen zurückzuführen ist. Vielmehr muss die Kritik hier ansetzen: Sozialpolitik kann nur Bestandteil einer Gesellschaftspolitik sein - Gesellschaftspolitik ist jedoch nur noch als eine Politik zu verstehen, die die Veränderung der Gesellschaft will.

Die studentische Situation ist insofern eine besondere, als in ihr tendenziell die Möglichkeit besteht, Herrschaftsstrukturen der Gesellschaft abzubauen. Die Studenten sind noch nicht in den Produktionsprozess integriert. Sie tragen in der Regel keine repressive Verantwortung (z.B. durch eine Familie) und haben daher die größten Freiräume, um emanzipatorische Entwicklungen einzuleiten und durchzusetzen.

Die Gefahr einer solchen Entwicklung, die die spätkapitalistische Gesellschaft nicht nur in Frage stellen würde, sondern auch Ansätze schafft, ihre Ordnung zu zerschlagen, begegnet diese mit spezifischen Repressionen. Unter diesem Aspekt ist die staatliche Sozialpolitik für Studenten zu sehen, denn familienabhängige Ausbildungsförderung zwingt den Studenten, ständig davon bedroht, die materielle Basis für das Studium entzogen zu bekommen, seine Aktivitäten auf das Studium zu begrenzen, und sich anzupassen.

Diese Zusammenhänge sind kennzeichnend für das Selbstverständnis der Studentenwerke. Dies lässt sich mühelos an zwei Beispielen aus dem Darmstädter Studentenwerk nachweisen:

Die Politik der Förderungsstelle zielt darauf ab, dem Staat möglichst geringe Kosten bei der Förderung durch das Honeffer Modell entstehen zu lassen. Im krassen Gegensatz dazu steht die Tatsache, dass der Etat des Honeffer Modells nicht begrenzt ist, sondern sich nach der Anzahl der zu fördernden Fälle richtet. Durch Ausnutzung des Härteparagrafen könnte die Anzahl der zu fördernden Studenten erhöht werden. Von Seiten des Studentenwerkes geschieht jedoch nichts und der Student hat keine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, da er vereinzelt der Bürokratie gegenüber steht.

In der Wohnheimpolitik zeigt sich, dass das Studentenwerk, wenn die Mieten die entstehenden Kosten nicht mehr decken können zunächst einmal schlicht die Mieten erhöht; wie dies in den letzten Semestern mehrfach geschehen ist. Anstatt entsprechende, nicht nur formale, Forderungen an das Land Hessen als den augenblicklich noch für die Sozialpolitik Verantwortlichen zu richten. Allerdings zeigte sich im letzten Semester wie diesen Massnahmen begegnet werden kann. Die Studenten in den Wohnheimen haben durch eine konsequente Haltung mit der Bereitschaft, die Mieterhöhung und die Mieten zu verweigern, durchgesetzt, dass die Mieterhöhung rückgängig gemacht wurde, und das Land Hessen den Fehlbetrag erstattete.

Aus dieser Entwicklung lassen sich zwei Konsequenzen ableiten:

1. Die Studentenwerke dürfen sich nicht länger als Verwalter einer repressiven staatlichen Sozialpolitik verstehen, sondern müssen Initiativen entwickeln, um eine den Interessen der Betroffenen entsprechende Sozialpolitik durchzusetzen, und: dies kann allerdings nur geschehen, wenn diese Initiativen von den Betroffenen selbst getragen werden und die sich daraus entwickelnden Forderungen solidarische durchgesetzt werden.
2. Diese Konsequenzen erfordern eine Diskussion über die Umstrukturierung des Studentenwerkes, die in Zukunft geleistet werden muss. Eine Möglichkeit, die repressive Sozialpolitik zu durchbrechen, und gleichzeitig eine Selbstorganisation innerhalb des Studentenwerkes aufzubauen, liegt in der Auseinandersetzung mit der Wohngeldpolitik des Landes Hessen.

Studenten bekommen auf Grund eines Erlasses der hessischen Regierung aus dem Jahre 1965 kein Wohngeld mehr. Begründet wird diese Entscheidung damit, dass die Studenten noch zum Haushalt der Eltern zählen und diese für die Ausbildungskosten verantwortlich seien. Diese Ideologie kann nur bekämpft werden, wenn man sich nimmt, was einem zusteht. Konkret bedeutet das: man verweigert den Beitrag der Miete, den der Staat normalerweise als Zuschuss gewährt. Diese Forderung kann vorläufig allerdings nur von den Kommilitonen in den Wohnheimen massenhaft erhoben werden, da allein dort die Möglichkeit, sich erfolgreich gegen eine Kündigung zu wehren, besteht.

Dieser Mietstreik soll sich nicht unmittelbar gegen das Studentenwerk, sondern gegen das Land und den Bund richten, um unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Der Asta wird dabei die Studenten in den Wohnheimen auffordern, dem erfolgreichen Beispiel der Berliner und Heidelberger Kommilitonen zu folgen, 30,-DM monatlich von ihren Mieten abzuziehen.

10.

Das Direktorium hat sich konsequent für die Verwirklichung der Fakultätsreform eingesetzt. Es wird Erfolg dabei haben, allerdings für einen hohen Preis: Das Bündnis mit der Kultusbürokratie bringt es in starke Abhängigkeit zum Staatsapparat, schon jetzt muß befürchtet werden, daß Güther, Teschner und Beck zu Vollstreckern technokratischer Befehlungsstrategie degradiert werden; denn Wiesbaden rechnet nicht ohne Grund darauf, daß dieses Direktorium als Gegenleistung bereit sein muß, die brennenden Konfliktstoffe an dieser Hochschule (Oberflächung!) möglichst ohne politische Auseinandersetzung mit dem Land so zu manipulieren, daß den Bürokraten das Eingeständnis ihres bildungspolitischen Versagens erspart bleibt. Solche Scheinlösungen gehen immer auf Kosten der Studenten, wir werden jeden Versuch konsequent bekämpfen.

9.

Die Verhinderung der Rahmenprüfungsordnung zeigt, wie die Instrumentalisierung und Freiräume schafft oder erhält: Der Kleine Senat wurde benutzt, um unsere Abwehr gegen die repressive RPO zu verstärken, die Intervention hat dazu geführt, daß die Kultusministerkonferenz die Verabschiedung der RPO in der vorliegenden Form abgelehnt hat.

Die Einrichtung der weiteren Fakultäten und Erstellung von Fakultäts-satzungen wird eine weitere Gelegenheit sein, bei der anschauliche Beispiele für Obstruktionspolitik der Reaktionskräfte geliefert werden. Auch die notwendige Neuwahl der Dekane werden die Antireformer benutzen, um ein Lehrstück ihrer Sabotagepraxis aufzuführen. Da wir die Dringlichkeit nicht um ihrer selbst willen gefordert und durchgesetzt haben, muß uns am Funktionalisieren der Grenzen gelegen sein: Wir wollen sie als Instrumente benutzen, um Spielraum für vortreibende Aktivitäten zu schaffen. Die Studentenschaft wird deshalb so schnell wie möglich ihre Vertreter für die weitere und engere Fakultät benennen.

8.

Die Einrichtung der weiteren Fakultäten und Erstellung von Fakultäts-satzungen wird eine weitere Gelegenheit sein, bei der anschauliche Beispiele für Obstruktionspolitik der Reaktionskräfte geliefert werden. Auch die notwendige Neuwahl der Dekane werden die Antireformer benutzen, um ein Lehrstück ihrer Sabotagepraxis aufzuführen. Da wir die Dringlichkeit nicht um ihrer selbst willen gefordert und durchgesetzt haben, muß uns am Funktionalisieren der Grenzen gelegen sein: Wir wollen sie als Instrumente benutzen, um Spielraum für vortreibende Aktivitäten zu schaffen. Die Studentenschaft wird deshalb so schnell wie möglich ihre Vertreter für die weitere und engere Fakultät benennen.

7.

Der Normenkontrollantrag von 61 Professoren, mit dem die Aufhebung der Fakultätsreform des Sommersemesters erreicht werden soll, spiegelt den desolaten Zustand der reaktionären Professorengruppe wieder. In den Schriftsätzen wird deutlich, daß die juristische Argumentation der Kläger auf schwachen Füßen steht, im wesentlichen leiten die Reformgegner ihren Anspruch auf Altherrenschaft aus ihrer mit der Berufung erworbenen Qualifikation ab. Zugleich versuchen sie, ihr zerstörerisches Vorgehen zu kaschieren, indem sie ihren Gegnern die Absicht unterstellen, die Funktionsfähigkeit der Hochschule herbeiführen zu wollen. Dabei ist jedoch interessant, daß diese Auseinandersetzung im wesentlichen nur von einer kleinen Gruppe um die geschätzte Examinationsdirektorin Didi Schult geführt wird, die übrigen Unterzeichner dienen als Stütze. Sie werden nicht informiert, sie haben sich in die Rolle der Steigbügelhalter für einen Staatskommissar Schult begeben.

6.

Der Normenkontrollantrag von 61 Professoren, mit dem die Aufhebung der Fakultätsreform des Sommersemesters erreicht werden soll, spiegelt den desolaten Zustand der reaktionären Professorengruppe wieder. In den Schriftsätzen wird deutlich, daß die juristische Argumentation der Kläger auf schwachen Füßen steht, im wesentlichen leiten die Reformgegner ihren Anspruch auf Altherrenschaft aus ihrer mit der Berufung erworbenen Qualifikation ab. Zugleich versuchen sie, ihr zerstörerisches Vorgehen zu kaschieren, indem sie ihren Gegnern die Absicht unterstellen, die Funktionsfähigkeit der Hochschule herbeiführen zu wollen. Dabei ist jedoch interessant, daß diese Auseinandersetzung im wesentlichen nur von einer kleinen Gruppe um die geschätzte Examinationsdirektorin Didi Schult geführt wird, die übrigen Unterzeichner dienen als Stütze. Sie werden nicht informiert, sie haben sich in die Rolle der Steigbügelhalter für einen Staatskommissar Schult begeben.

Der Normenkontrollantrag von 61 Professoren, mit dem die Aufhebung der Fakultätsreform des Sommersemesters erreicht werden soll, spiegelt den desolaten Zustand der reaktionären Professorengruppe wieder. In den Schriftsätzen wird deutlich, daß die juristische Argumentation der Kläger auf schwachen Füßen steht, im wesentlichen leiten die Reformgegner ihren Anspruch auf Altherrenschaft aus ihrer mit der Berufung erworbenen Qualifikation ab. Zugleich versuchen sie, ihr zerstörerisches Vorgehen zu kaschieren, indem sie ihren Gegnern die Absicht unterstellen, die Funktionsfähigkeit der Hochschule herbeiführen zu wollen. Dabei ist jedoch interessant, daß diese Auseinandersetzung im wesentlichen nur von einer kleinen Gruppe um die geschätzte Examinationsdirektorin Didi Schult geführt wird, die übrigen Unterzeichner dienen als Stütze. Sie werden nicht informiert, sie haben sich in die Rolle der Steigbügelhalter für einen Staatskommissar Schult begeben.

Der Normenkontrollantrag von 61 Professoren, mit dem die Aufhebung der Fakultätsreform des Sommersemesters erreicht werden soll, spiegelt den desolaten Zustand der reaktionären Professorengruppe wieder. In den Schriftsätzen wird deutlich, daß die juristische Argumentation der Kläger auf schwachen Füßen steht, im wesentlichen leiten die Reformgegner ihren Anspruch auf Altherrenschaft aus ihrer mit der Berufung erworbenen Qualifikation ab. Zugleich versuchen sie, ihr zerstörerisches Vorgehen zu kaschieren, indem sie ihren Gegnern die Absicht unterstellen, die Funktionsfähigkeit der Hochschule herbeiführen zu wollen. Dabei ist jedoch interessant, daß diese Auseinandersetzung im wesentlichen nur von einer kleinen Gruppe um die geschätzte Examinationsdirektorin Didi Schult geführt wird, die übrigen Unterzeichner dienen als Stütze. Sie werden nicht informiert, sie haben sich in die Rolle der Steigbügelhalter für einen Staatskommissar Schult begeben.

Der Normenkontrollantrag von 61 Professoren, mit dem die Aufhebung der Fakultätsreform des Sommersemesters erreicht werden soll, spiegelt den desolaten Zustand der reaktionären Professorengruppe wieder. In den Schriftsätzen wird deutlich, daß die juristische Argumentation der Kläger auf schwachen Füßen steht, im wesentlichen leiten die Reformgegner ihren Anspruch auf Altherrenschaft aus ihrer mit der Berufung erworbenen Qualifikation ab. Zugleich versuchen sie, ihr zerstörerisches Vorgehen zu kaschieren, indem sie ihren Gegnern die Absicht unterstellen, die Funktionsfähigkeit der Hochschule herbeiführen zu wollen. Dabei ist jedoch interessant, daß diese Auseinandersetzung im wesentlichen nur von einer kleinen Gruppe um die geschätzte Examinationsdirektorin Didi Schult geführt wird, die übrigen Unterzeichner dienen als Stütze. Sie werden nicht informiert, sie haben sich in die Rolle der Steigbügelhalter für einen Staatskommissar Schult begeben.

Der Normenkontrollantrag von 61 Professoren, mit dem die Aufhebung der Fakultätsreform des Sommersemesters erreicht werden soll, spiegelt den desolaten Zustand der reaktionären Professorengruppe wieder. In den Schriftsätzen wird deutlich, daß die juristische Argumentation der Kläger auf schwachen Füßen steht, im wesentlichen leiten die Reformgegner ihren Anspruch auf Altherrenschaft aus ihrer mit der Berufung erworbenen Qualifikation ab. Zugleich versuchen sie, ihr zerstörerisches Vorgehen zu kaschieren, indem sie ihren Gegnern die Absicht unterstellen, die Funktionsfähigkeit der Hochschule herbeiführen zu wollen. Dabei ist jedoch interessant, daß diese Auseinandersetzung im wesentlichen nur von einer kleinen Gruppe um die geschätzte Examinationsdirektorin Didi Schult geführt wird, die übrigen Unterzeichner dienen als Stütze. Sie werden nicht informiert, sie haben sich in die Rolle der Steigbügelhalter für einen Staatskommissar Schult begeben.

Der Normenkontrollantrag von 61 Professoren, mit dem die Aufhebung der Fakultätsreform des Sommersemesters erreicht werden soll, spiegelt den desolaten Zustand der reaktionären Professorengruppe wieder. In den Schriftsätzen wird deutlich, daß die juristische Argumentation der Kläger auf schwachen Füßen steht, im wesentlichen leiten die Reformgegner ihren Anspruch auf Altherrenschaft aus ihrer mit der Berufung erworbenen Qualifikation ab. Zugleich versuchen sie, ihr zerstörerisches Vorgehen zu kaschieren, indem sie ihren Gegnern die Absicht unterstellen, die Funktionsfähigkeit der Hochschule herbeiführen zu wollen. Dabei ist jedoch interessant, daß diese Auseinandersetzung im wesentlichen nur von einer kleinen Gruppe um die geschätzte Examinationsdirektorin Didi Schult geführt wird, die übrigen Unterzeichner dienen als Stütze. Sie werden nicht informiert, sie haben sich in die Rolle der Steigbügelhalter für einen Staatskommissar Schult begeben.

Büchner endgültig eingesargt!

Der Büchnerpreis '69 wurde am vergangenen Samstag doch noch verliehen. Allerdings erst, nachdem die Polizei etwa 50 Schüler und Studenten aus dem Saal getrieben hatte. Es waren dies Schüler der Georg-Büchner-Schule und Studenten, die mit ihnen in Schülerkollektiven zusammenarbeiten - Georg Büchner Schüler - die der dort versammelten Büchnergemeinde den offenbar gewordenen Widerspruch internieren wollten: Den Widerspruch zwischen der revolutionären Idee Büchners und dem bürgerlich-liberalen Büchnerverständnis.

Einst kritisierte und bekämpfte Büchner das herrschende Recht mit den Worten: "Das Gesetz ist das Eigentum einer unbedeutenden Klasse von Vornehmen und Gelehrten, die sich durch ihr eigenes Machwerk die Herrschaft zuspricht. Diese Gerechtigkeit ist nur ein Mittel, Euch in Ordnung zu halten, damit man Euch besser schinde..." (1834) Und heute da wieder Tausende von Sozialisten von der politischen Justiz stehen, verteidigt der pseudomarxistische Stadtrat und Kulturdezernent Sabais dieses herrschende Recht: "Ohne Recht und Gesetz geht die verbriefte Freiheiten und Rechte des Einzelnen unter, ohne Recht und Gesetz gibt es keine gesicherte Entwicklung in Staat und Gesellschaft, ohne Recht und Gesetz herrschen das Chaos und seine Manipulatoren, die ihre Willkür und Gewalttätigkeit wie seit eh und jeh (!) durch utopistische Ideologien und Schlagworte verschleiern." (Stellungnahme vom 14.10. gegen die Malaktion an der Georg-Büchner-Schule)

Einerseits "pflegt" die Stadt Darmstadt das Andenken Büchners, indem sie einem Gymnasium seinen Namen gibt, andererseits wird mit Unterstützung der Administration gerade aus dieser Schule ein progressiver Lehrer (Lüdde) entlassen, werden Schüler, die dagegen protestieren, relegiert und mit Massenstrafen belegt.

Am Samstag hat diese vortreffliche Gemeinde der Büchnerfans, bestehend aus Vertretern der Administration und Spitzen des bürgerlichen Kulturbetriebes, Büchners Geist und Idee wieder einmal in den Orkus hinabgeschickt.

Statt eine revolutionäre Interpretation Büchners und eine Kritik an der Administration anzuhören, die Büchner für sich vereinnahmen will (weil er als damals bürgerlicher Revolutionär die bürgerliche Gesellschaft mitgeschaffen hat, die so treffliche kapitalistische Produktionsverhältnisse entwickeln sollte) haben die

Veranstalter lieber die Polizei in die Hochschule geholt und die Schüler und Studenten hinausprügeln lassen. Wer die Live-Übertragung im 3. Fernsehprogramm verfolgte, hat dies miterlebt und gesehen, mit welchem Zynismus Akademiepräsident Storz nach dem Polizeieinsatz in die Runde blickte und nach der Resolution fragte, deren Verlesung uns vorher zugesagt worden war. Bloß mußten wir - wie gesagt - gezwungenermaßen draußen bleiben.

Wir sprechen hier nochmals nach den Vorfällen an der Georg-Büchner-Schule und bei der Preisverleihung einer Administration, der Stadt Darmstadt und der Akademie mit ihren Vertretern Sabais und Storz, die Büchner und seine Idee bekämpften und weiter bekämpfen, im Namen Georg Büchners das Recht ab, durch "Büchnerpreisverleihungen" Büchner für sich vereinnahmen zu wollen. Wir fordern hiermit, die Georg-Büchner-Schule umzubennen. Anderenfalls müssen dies die Schüler und Studenten tun, die im Geiste Büchners arbeiten.

Mit dem Polizeieinsatz in der Hochschule gegen Schüler und Studenten ist der "Lüdde-Konflikt" mit seinen Folgen auch ein Konflikt innerhalb der Hochschule geworden. Der liberale Lack - kein Polizeieinsatz in der Hochschule - ist ab. Rektor Güther, der anwesend war, hatte neben der formaljuristischen Bestätigung nichts gegen die Anwesenheit der Polizei inhaltlich vorzubringen. Vielmehr geht es ihm darum, unter allen Umständen die Situation an der Hochschule ruhig zu halten.

"... zudem bestehe jetzt die Wahrscheinlichkeit, daß sich Mitglieder der Studentenschaft mit den betroffenen Schülern in Verbindung setzen. Dadurch könne es zu Situationen kommen, die bei der eingeschlagenen Linie der Schulen zu Massenrelegationen führen müßten. Er fürchte, das Aufflackern eines Feuers, das dann auf die Technische Hochschule überschlagen könne, wo jetzt glücklicherweise ein gutes Arbeitsverhältnis herrsche." (Bericht über eine Stellungnahme Rektor Güthers zu den Schülerrelegationen im DT, 9. 10.)

Wir wollen nicht davon sprechen, daß Probleme im Ausbildungsbereich die Probleme aller in der Ausbildung stehenden sind, daß deshalb die Studenten, die bereits mehr Mitbestimmung auf dem Wege zur Selbstbestimmung erkämpft haben, als etwa die Schüler, diese ihre schwierige Position in der augenblicklichen Auseinandersetzung unterstützen müssen.

Wir sollten jedoch davon sprechen, daß sich

nach Lüdde-Entlassung, Schulstreiks und Relegationen ein pädagogisches Forum, initiiert vom Lehrstuhl für Pädagogik, konstituiert hat. Hier sollen letztlich pädagogische Lösungsmöglichkeiten dieses und ähnlicher Konflikte entwickelt werden. In dessen erster Diskussion entwickelte Professor Gamm eine Apologie auf die Formen der Selbstorganisation und Interessenvertretung, die die Schülerrevolte entwickelt hat. Eine Apologie, die allerdings - "vom pädagogischen Gesichtspunkt" - nur beschreibend und nicht analytisch war. Es wurde nicht benannt, was die gesellschaftlichen "Gebilde" seien, die die Schule in ihrer Struktur bestimmen. Es wurde nicht gesagt, daß die "Schülerkollektive" immer nur in der Auseinandersetzung der Schüler mit den herrschenden Gewalten entstanden sind, mit der Administration, der Schulbürokratie und der Polizei, die die Umwälzung des Schulsystems blockieren. Es wurde nicht benannt, daß solche Kollektive nur als Kerngruppen einer Schülerrevolte in der Auseinandersetzung entstehen.

Das völlige Unterschlagen der politischen Inhalte der Schülerrevolte und des politischen Charakters der Auseinandersetzung in Gamm's Analyse mußte notwendigerweise zu falschen Konsequenzen führen: Gamm meinte, die Schülerkollektive könnten als pädagogisches Mittel in einer modernen Schule eingesetzt werden.

Dann allerdings wären sie ihrer eigentlichen Funktion und ihres Interesses beraubt, nämlich jene "Gebilde" zu benennen und zu analysieren und ihren bestimmenden, funktionalisierenden Einfluß zu bekämpfen. Die Integration der Schülergruppen in das Ausbildungsinstrument Schule könnte nur formal sein.

Die Schülergruppen werden über diese Beabsichtigte Vereinnahmung diskutieren und versuchen, die Diskussion im pädagogischen Forum auf die grundlegenden politischen Inhalte des Konfliktes zurückzuführen. Dies soll jedoch nicht ohne die zukünftigen Lehrer geschehen, die heute an der TH ausgebildet werden.

Wir fordern die Kommilitonen auf, mit den Schülern in den Schülerarbeitskreisen zusammenzuarbeiten und die Politisierung des Pädagogischen Forums vorzubereiten.

Die Gruppen treffen sich Montags 17.00 Uhr und mittwochs 16.00 und 18.00 Uhr im Republikanischen Club, Erbacher Str.5